

UTE VOGT

INFORMIERT



Nr. 7

SPD

Juli 2015

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Genossinnen und Genossen,

rechtzeitig vor dem Versand des Juli-Newsletters sind wir nochmal nach Berlin gerufen worden, um über das „Stabilitätshilfeersuchen“ der griechischen Regierung nach dem ESM (European Stability Mechanism) abzustimmen. Um es vorweg zu nehmen: Die SPD Fraktion stimmt mit sehr großer Mehrheit zu! Das hartherzige und überhebliche Auftreten von Wolfgang Schäuble wurde von uns stark kritisiert; und dass er nach wie vor nicht aufhört zu zündeln, finde ich schwer erträglich. In der CDU/CSU herrscht insgesamt deutlich weniger europäische Solidarität.

Umso wichtiger ist, dass wir als Sozialdemokratie die Einheit Europas als ein unschätzbar hohes Gut verteidigen. Ich weiß, dass dies nicht bei allen Menschen populär ist und dass die griechische links-rechtsaußen Koalition es einem sehr schwer macht, Verständnis zu finden. Nachvollziehen kann ich die kritische Haltung vor allem aus dem Blickwinkel vieler osteuropäischer Länder, wo es sehr vielen Menschen nicht besser geht, als der griechischen Bevölkerung. Aber gerade für uns in Deutschland ist ein einiges und stabiles Europa existenziell. Ein Scheitern der Verhandlungen hätte die Gefahr einer Nord-Süd-Spaltung Europas beinhaltet. Am Ende waren vor allem die sozialdemokratischen Parteien auf EU-Ebene eine wichtige Hilfe, um das Scheitern zu verhindern. Bei allen finanziellen Aspekten dürfen wir die soziale Lage der Menschen in Griechenland nicht aus den Augen verlieren.

Hoffen wir auf gelingende Veränderungen
für die Menschen in Griechenland!

Herzliche Grüße und einen erholsamen Sommer,

Karenzzeitgesetz

In der letzten Sitzungswoche hat der Deutsche Bundestag das Karenzzeitgesetz verabschiedet. Bei Interessenkonflikten wird ab sofort zum ersten Mal auf Bundesebene eine Wartezeit von zwölf, in Sonderfällen von 18 Monaten gelten, wenn Politikerinnen und Politiker von der Regierungsbank in Unternehmen wechseln.

Um mögliche Interessenkonflikte abzuwenden, haben wir als SPD bereits im Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2013 eine klare Regelung für den Jobwechsel von Politikerinnen und Politikern gefordert und sie dann in der Koalitionsvereinbarung verankert. Mit dem vorliegenden Gesetz haben wir dieses Vorhaben umgesetzt und die nötige Transparenz bei der Durchlässigkeit zwischen Politik und Wirtschaft hergestellt.

→ [Mehr zum Thema](#)

Gute Arbeit in der Kreativwirtschaft

Das Internet bietet für viele Menschen ungeahnte Möglichkeiten und Chancen. Freier Zugang und kostenlose Nutzung zu den Angeboten im World Wide Web ist für die einen eine Selbstverständlichkeit. Dagegen geht es im Kulturbereich und in der Kreativbranche, in der Musikszene und den Nachrichtenredaktionen um gerechte Entlohnung für geleistete Arbeit – also um den Schutz der Urheberrechte.

Auf Einladung von Ute Vogt kam der netzpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion nach Stuttgart, um unter der fachkundigen Moderation von Margrit Gregorian, AK Kreativpakt, mit Stefanie Brum, Fachanwältin für Urheberrecht, und Jan-Peter Wahlmann, Fotograf und Designer, zu diskutieren. Ein Fazit des Abends, das Dejan Perc, SPD-Kreisvorsitzender, ziehen konnte: Die Weiterentwicklung des Urheberrechts kann nur gemeinsam gelingen.

→ [Mehr zum Thema](#)



v.l.n.r.: Dejan Perc, SPD-Kreisvorsitzender Stuttgart, Lars Klingbeil, MdB, Netzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Stefanie Brum, Fachanwältin für Urheberrecht, Ute Vogt, Margrit Gregorian, AK Kreativpakt, und Jan-Peter Wahlmann, Allianz Deutsche Designer, Fotograf und Designer

Wenn Geräte zu schnell kaputt gehen

Gefühlt gerade erst gekauft – und schon wieder kaputt. Aber natürlich wenige Tage nach Ablauf der gesetzlichen Gewährleistungsfrist. Trügt das Gefühl, oder häufen sich genau solche Fälle in den letzten Jahren immer mehr? Das Umweltbundesamt forscht in einer breit angelegten Studie zu diesem Thema und wird im Herbst dieses Jahres erste Vorschläge zur Verlängerung der Lebensdauer von Produkten vorstellen.

→ [Kurzvideo zum Thema](#)



Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge: Gutes Aufwachsen ermöglichen

Das Bundeskabinett hat diese Woche den Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher beschlossen. Das Gesetz hat zum Ziel, den Kindern und Jugendlichen ein gutes Aufwachsen zu sichern.

Deshalb wird im Gesetzentwurf zur Verbesserung der Unterbringung, Versorgung und Betreuung ausländischer Kinder und Jugendlicher klargestellt, dass sie umfassenden Zugang zu den Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe haben. Angesichts der kontinuierlichen Zunahme unbegleiteter minderjähriger Flüchtlin-

ge und der damit einhergehenden Überlastung einzelner Kommunen soll die Unterkunft und Betreuung unbegleiteter Flüchtlinge bundesweit koordiniert werden. Dabei sollen Kindeswohl und die besonderen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen berücksichtigt werden. In Stuttgart sorgt ein gutes Netzwerk verschiedener Einrichtungen dafür, dass eine angemessene Versorgung möglich ist.

Die Umsetzung des Gesetzes wird durch das Bundesprogramm „Willkommen bei Freunden“ begleitet.

→ [Mehr zum Thema](#)

Bürgeranliegen

Überdurchschnittlich viele Zuschriften erreichten mich in diesem Monat zu den Themen Griechenland, Fracking und „Vorratsdatenspeicherung“ (VDS). Bei Letzterem haben die Menschen ihre Bedenken zu dem geplanten Gesetzentwurf „Höchstspeicherfrist für Vorratsdaten“ geäußert. Das Gesetz soll dazu beitragen, Verbrechen besser und schneller zu bekämpfen. Viele Bürgerinnen und Bürger haben Zweifel am möglichen Nutzen des Gesetzes und sehen unsere Freiheitsrechte in Gefahr.

Der Bundestag hat bereits in erster Lesung den Gesetzentwurf beraten. Aktuell werden im Bundesjustizministerium die eingegangenen Bedenken ausgewertet. Vor Beginn der weiteren Debatten wird es eine Expertenanhörung geben. Voraussichtlich Ende September soll das Gesetz beschlossen werden.

Sozialdemokratische Handschrift bei der Wohngeldreform

Für eine gute Lebens- und Wohnqualität kommt der Bezahlbarkeit von Wohnraum eine enorme Bedeutung zu. Vor diesem Hintergrund erfüllt das Wohngeld als vorgelegertes Sicherungssystem eine wichtige sozialpolitische Funktion, der wir mit der Reform des Wohngeldgesetzes verstärkt Rechnung tragen.

Die Reform des Wohngeldgesetzes ist ein weiterer Meilenstein sozialdemokratischer Politik in dieser großen Koalition, von der 870.000 Menschen profitieren. 90.000 Menschen werden ab 2016 erstmals Wohngeld beziehen. Die Miethöchstbeträge werden regional gestaffelt angehoben, wobei sie in Regionen mit stark steigenden Mieten überdurchschnittlich stark erhöht werden. Die Verbesserungen der Wohngeldleistungen kommen vor allem Familien und Rentnerinnen und Rentnern zugute.

→ [Mehr zum Thema](#)



Mein Team in Stuttgart:

Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Tel: 0711 - 5188 90 10
Fax: 0711 - 5188 90 20
E-Mail: stuttgart@ute-vogt.de

Mein Team in Berlin:

Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel: 030 - 227 72894
Fax: 030 - 227 76446
E-Mail: ute.vogt@bundestag.de



www.ute-vogt.de



www.twitter.com/UteVogt



www.facebook.com/ute.vogt